

Wossische

Registrierung



Zeitung

1704

Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die „Wossische Zeitung“ erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Illustrierte Beilage „Zeitbilder“, jeden Sonntag. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücke-, Hypotheken- und Geldverkehr. Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabelle.

Preis: in Groß-Berlin monatlich M. 2.70 bei tagl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich M. 2.70 oder vierteljährlich M. 7.50 ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Stellenangebote 50 Pf. Teuerungszuschlag 20%. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme bei Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 23-25, und in allen Geschäftsstellen des Verlages

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281 15 282 bis 15 291.

Erhöhte Kampftätigkeit an der Tiroler Front.

Ezerinus Besuch verschoben.

Die Reise des Ministers des Äußern Grafen Ezerinus nach Berlin mußte plötzlich wegen plötzlichen Unwohlseins des Ministers unterbleiben.

Die Änderung der Dispositionen erfolgte in letzter Stunde. Auch die Österreichische Bahnverwaltung ist erst im letzten Augenblick gestern abend vor Abgang des Zuges verständigt worden, daß der Minister nicht kommen werde. (Siehe auch vierte Seite.)

Die amerikanische Kriegserklärung an Oesterreich.

Drahtmeldungen der „Wossischen Zeitung“.

pr Amsterdam, 9. Dezember.

Reuter meldet aus Washington: Der Senat hat nach kurzer Debatte den Beschluß, den Krieg an Oesterreich-Ungarn zu erklären, angenommen. Das Republikantenhaus hat mit 88 gegen eine (schonmalige) Stimme die gleiche Resolution angenommen. Der Kriegszustand tritt somit mit dem Abend des 7. Dezember in Wirksamkeit.

Präsident Wilson hat die Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn unterzeichnet.

Der Senat nahm die Kriegserklärung gegen Oesterreich-Ungarn einstimmig an. Die Senatmitglieder Oranna, Vandeman und Norris, die seinerzeit gegen die Kriegserklärung an Deutschland gestimmt hatten, unterstützten diese Resolution. Der Sozialist, der im Repräsentantenhaus gegen die Kriegserklärung gestimmt hatte, ist Meyer London.

th Lugano, 8. Dezember.

Einer Pariser Meldung des „Secolo“ zufolge wird die amerikanische Kriegserklärung die Teilnahme der amerikanischen Flotte an Operationen im Mittelmeer sowie die Teilnahme amerikanischer Flieger an der italienischen Front zur Folge haben.

Washington, 8. Dezember.

Infolge der Kriegserklärung gegen Oesterreich-Ungarn werden über eine Million Personen auf die Liste der feindlichen Staatsangehörigen gesetzt werden. Viele, die lange verdächtigt waren, die Kriegslinie der Regierung zu hindern, wurden verhaftet und werden interniert werden, wenn sie die Behörden nicht davon überzeugen können, daß sie feindliche Absichten haben. Alle Oesterreicher und Ungarn werden auf 100 Yards von der Zone der Bodenkampfen usw. ferngehalten werden.

Der Heldenkampf unserer Oskafrikaner.

a. Bettows Durchbruch nach Port-Oskafrika.

Ein amtlicher englischer Bericht aus Oskafrika vom 1. Dezember besagt: Von Deventer berichtet: Aufklärungsabteilungen haben endgültig die Tatsache festgestellt, daß Deutsch-Oskafrika vollständig vom Feinde frei ist. So ist auch die letzte der deutschen überseeischen Besetzungen in ihrer Gesamtheit in unsere Hände und die unserer belgischen Verbündeten gekommen. Nur eine kleine deutsche Streitmacht ist dort übrig geblieben. Diese hat sich auf das am engsten portugiesische Gebiet gesammelt. Es sind Maßnahmen ergriffen, um dort mit ihr abzurechnen. Die Gesamtheit der allein während des Monats November gefesteten oder gefangenen Feinde beläuft sich auf 1115 deutsche Europäer und 3388 eingeborene Soldaten (ausgeschlossen der Träger und Diener). Außerdem wurde folgendes Material entworfen von uns erbeutet über von Feinde gefestigt: zwei 10-Zentimeter-Marinengeschütze, eine 10-Zentimeter-Feldkanone, ein 70-Millimeter, ein 60-Millimeter- und ein 37-Millimeter-Geschütz, etwa 78 Maschinengewehre und mehrere tausend Gewehre.

Zu vorstehender Meldung über die Aufgabe Deutsch-Oskafrikas durch Generalmajor v. Bettow-Ford bed geben die „Neuen Züricher Nachrichten“ unter der Überschrift „Deutsch-Oskafrika in den Händen der Alliierten“ folgenden treffenden Kommentar: „So ist denn nach fast dreieinhalbjährigem Widerstande auch Deutsch-Oskafrika als letzte der deutschen Kolonien gefallen. Abgesperzt von allen Zufuhren vom Meere her, bebrängt von allen Seiten

durch die vereingte Uebermacht von Engländern, Franzosen, Belgiern und Portugiesen, längst entblüht von Lebensmitteln, Kleidern und Arzneimitteln sowie von Munition und sonstigem Kriegsbedarf, mußte auch die letzte Truppe der Tapferen sich ergeben.

Nicht den Siegern wird die Geschichte hier dereinst ein Ruhmesblatt einräumen, sondern diesen beispiellosen Heldenkampf der Besiegten, der seinesgleichen kaum hat. In diesem Ruhmesblatt werden vor allem zwei Momente ausgezeichnet sein: Der Heroismus der Deutschen in Oskafrika und die ergreifende Treue der schwarzen Eingeborenen zu ihnen. Die Deutschen haben der Sendung Europas im äquatorialen Afrika auch in diesen furchtbaren Kampfesjahren Ehre gemacht, Schande — die in anderen“.

Dieser sühnlache Kommentar des Züricher Blattes enthält eine Unrichtigkeit: Generalmajor v. Bettow hat sich nicht ergeben, sondern ist unter Durchbrechung der portugiesischen Linien südlich des Rovuma-Flusses in Portugiesisch-Oskafrika eingedrungen.

Der Bericht des Hauptquartiers.

Meldung des Wossischen Telegraphen-Büros.

Großes Hauptquartier, 9. Dezember.

Westlicher Kriegsschauplatz.

In einzelnen Abschnitten der flandrischen Front, südlich von der Scarpe sowie zwischen Moensbroek und Banteng kam es am Nachmittage zu lebhaften Artilleriekämpfen.

Auf der übrigen Westfront blieb die Gefechtsintensität gering.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Wesentlich vom Dojran-See wurden mehrere feindliche Kompagnien, die sich den bulgarischen Vorposten zu nähern versuchten, durch Feuer vertrieben.

Italienische Front.

Auf der Hochfläche von Asago, am Monte Tomba und am Montello teilweise erhöhte Artilleriekämpfe.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludendorff.

Berlin, 9. Dezember, abends.

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

In Flandern machte der Deutscher am 8. Dezember vor Tagesanbruch mehrere starke Feuerstellungen auf unsere Stellungen um Boschendaele und Bonchele. Von Mittag ab nahm das feindliche Artilleriefeuer im Abschnitt Diantantien-Bonchele und insbesondere des Kanals von Dellebeke an Stärke zu. Feuerüberfälle schwerer Kaliber richteten sich wiederholt auf unsere Stellungen um Boschendaele.

Auf der Hauptkampffront südwestlich Cambrai keine Infanteriekämpfe. Das Artilleriefeuer war dagegen lebhafter und heftiger als bei besser werdender Sicht weiterhin im Laufe des Tages. Die westlichen und südwestlichen Vorstände von Cambrai erzielten wiederum starken Beschuß und erlitten schweren Schaden. Die englischen Berichte versuchen in verlogener Weise die schwere Niederlage und ihre unangenehmsten Verluste zu verdecken und sprechen von freiwilliger unbeschränkter Räumung der unbesetzbar gewordenen Ortsschaften. Wie überflüssig an vielen Stellen der englische Rückzug ausgeführt wurde, geht allein schon aus den großen Gehängen von Deutschland an Gefangenen hervor. Bei ihrer teilweise hastigen Flucht ließ die englische Infanterie ihre Lebensmittelvorräte und Viebeschutzpatente in großen Mengen in der Stellung zurück. Westlich Billers-Cuisin wurde von unseren Sturmtruppen ein unter Dampf stehender englischer Probierwagen erbeutet. Auf den Dächern seiner mit Lebensmitteln gefüllten Waggon, zu deren Vernichtung der Feind keine Zeit mehr fand, wurden sofort Maschinengewehre in Stellung gebracht und der fliehende Feind aus überschüssiger Stellung reihenweise niedergemacht.

Staatsbankerott.

Von

Georg Bernbard.

Es scheint, als ob die Nachrichten über die Zahlungseinstellung des russischen Staates, die zuerst vom Reuterschen Büro verbreitet wurden, auf Wahrheit beruhen. Diese Zahlungseinstellung soll sich auf alle Schulden des Staates, der Banken und der Eisenbahnen erstrecken. Nun kann selbstverständlich ein Staat nur sich selbst fallit erklären. Und es dürfte wohl auch ausgeschlossen sein, daß die Petersburger Revolutionäre in die privaten Rechtsbegleichungen der russischen Bürger eingreifen wollen. Infolgedessen muß man bis auf weiteres annehmen, daß die wirklichen Privatgeschäfte der russischen Banken und der russischen Bahnen von der Bekanntmachung der Regierung nicht berührt werden. Dagegen scheinen die Revolutionäre die sehr ins weite gehende Form für ihre Verfügung um demselben gewährt zu haben, weil sie damit auch all die vielen verstreuten Staatsgeschäfte treffen wollen, die gerade während des Krieges gemacht worden sind. Insbesondere soll sich wohl ihr Vorgehen gegen die Auszahlung des russischen Staatsanleihen, die in Form von Konfessionsgewährungen und Bürgschaftleistungen seitens der Banken unter der Garantie der russischen Revolutionäre verliert worden ist.

Auf diese Weise wird Deutschland von der russischen Zahlungseinstellung verhältnismäßig am wenigsten getroffen. Die Summe der reinen russischen Staatsanleihen, die das deutsche Kapitalienpublikum besitzt, ist verhältnismäßig gering im Verhältnis zum Besitz der uns feindlichen und einzelner neutraler Länder, wie z. B. Holland. Und ein großer Teil der russischen Eisenbahnanleihen, die sich in deutschen Händen befinden, sind wohl mit Staatsgarantie versehen, aber für die Schuld selbst haftet als privatrechtliche Verpflichtung das Eigentum der Bahnen, von denen einige sich durchaus nicht schlecht rentieren. Diese und ähnliche Beziehungen, insbesondere die engen Verbindungen, die im Frieden zwischen deutschen und russischen Banken bestanden haben, bleiben ihrer Natur nach unangefastet. Sie ruhen während des Krieges ja sowieso. Denn durch die Zahlungsverbote haben unsere Kapitalisten während sämtlicher Kriegsjahre nichts erhalten. Und an ihrer Lage ändert sich auch durch das Revolutionschicksal nichts. Ganz anders liegen die Dinge aber insbesondere für Frankreich. Dort sind russische Staatswerte in vielen Milliarden gerade in die kleinsten Anlegerkreise hineingetrieben worden. Die Kosten für die Vorbereitung des Krieges ruft das gegen Deutschland hat nicht etwa der französische Staat, sondern haben die französischen Staatsbürger und Rentner getragen. Man dürfte den Einnahmeausfall, den Frankreich durch den russischen Staatsbankrott jetzt jährlich erleidet, mit einer Milliarden Franken wahrscheinlich nicht zu hoch veranschlagen. Darin sind aber noch nicht die Summen einbezogen, die als Zinsen für die Schulden der Kriegszeit nach Frankreich und auch nach England zu bezahlen waren. Und endlich kommen dazu noch die Zinszahlungen, die von französischen Banken und Industriellen aus tausenden Geschäften in Russland zu fordern sind. Für diese Geschäfte gilt allerdings, wie oben bereits angedeutet wurde, nicht die Staatsbankrotterklärung der neuen russischen Regierung. Aber es hat den Anschein, als ob jene umfassende Verfügung gleichzeitig auch als Zahlungsvorbot für ausländische Verpflichtungen aufzufassen ist. Das Schuldverhältnis selbst wird durch sie nicht berührt. Aber Kapital- und Zinszahlungen sind vorläufig aufgeschoben. Rechnet man das alles zusammen und berücksichtigt man den vermindernden Wert, den die russischen Staatsanleihen durch den Bankrott haben, so bedeutet die russische Zahlungseinstellung für Frankreich allein (ohne Berücksichtigung von England und Amerika) einen jährlichen Einnahmeausfall von über anderthalb Milliarden Franken und einen Kapitalverlust von nahezu 15 Milliarden Franken.

Das sind aber nur die Verluste. Denn vom rein finanziellen Standpunkt aus gesehen bedeutet die Verfügung der

Die Beamtenschaft in der Neuordnung.

Politische Wünsche der Beamtenverbände.

Im Lehrereisenhaus hielt am gestrigen Sonntag die Interessengemeinschaft deutscher Beamtenverbände eine Versammlung ab. Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung, die Wünsche der Beamten zur Umgestaltung des Herrenhauses, sprach der Hamburger Schriftleiter Wert Falkenberg. Er führte aus: Auch die Beamten hätten den Anspruch auf eigene Vertretung im Herrenhaus, die die bisherige durch Oberbürgermeister, Professoren und Gelehrte nicht leisten können. Auf vaterländischer Boden seien die heutigen Forderungen der Zweimillionspolitik im deutschen Volke, die sich zu einem Deutschen Reichsbund der Beamten zusammenzuschließen im Begriffe steht erwachsen, und müssen die ihr gebührende Berücksichtigung finden. Ueber die Art und Weise dieser Vertretung sprach der Syndikus Reichsanwalt Dr. Jacques Abraham. Die Auswahl müsse auf dreifacher Grundlage geschehen. Sie müsse, wie Hofrat Dr. Wichmann ausführte, aus Beamtenauschüssen und -kammern hervorgehen. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Die versammelten Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten und Lehrer vertreten die Auffassung, daß die Beamtenschaft in Rücksicht auf ihre Zahl und Bedeutung im Volkskörper grundsätzliche Anerkennung durch Beteiligung der Lösung der Zukunftsaufgaben fordern können. Zur Erreichung dieses Zieles sei es nötig, daß der Beamtenschaft mit Einschluß der Lehrerschaft eine Vertretung im preussischen Herrenhaus zuerkannt wird, daß durch Belehren Beamten-Ausschüsse und Beamten-Kammern ausgebildet werden, und daß die Berufsvereine der Beamten und Lehrer als ihre gesetzlichen Stützpunkte anerkannt werden. Es wurden dann noch die Beschlüsse im Vereinsrecht der Beamten durch Direktor Dr. Köhler besprochen, der verlangte, daß den Beamten vor allem im Rahmen des allgemeinen Koalitionsrechts das Recht auf Zusammenschluß zugesprochen werde.

Die beiden Vorhänge des Reichsverbandes Deutscher Städte, dem zurzeit 900 kleinere und mittlere Städte angehören, sind, Bürgermeister Scaumann in Pöß und Erster Bürgermeister Dr. B. L. in Eisenburg, wurden am 8. Dezember vom Staatsminister Dr. Dreus empfangen. In der Frage der Umgestaltung des Herrenhauses stimmten sie eine Wahl der Städtevertreter durch die Provinziallandtage zu vermeiden und empfahlen die Einziehung besonderer Wahlkörper der beteiligten Städte. Auf die Frage nach dem Stande der Verwaltungsreform wurde mitgeteilt, daß zu den Drucksachen Vorläufigen des Staatsministeriums noch nicht endgültige Stellung genommen habe.

Die flämischen Kriegsgefangenen.

Ueber die Gründe zu einer besonderen Behandlung der flämischen Kriegsgefangenen wird uns geschrieben: Es dürfte wohl allgemein bekannt sein, wie schwerer Kampf das aus germanischem Stamm entsprossene flämische Volk in Belgien für seine Vertreibung aus jähmehelnder, planmäßig betriebener Unterdrückung durch den völlig französischen denkenden und unter französischem Einfluß stehenden anderen Teil der belgischen Bevölkerung und der belgischen Regierung schon vor dem Kriege geführt hat. Die Befreiung des größten Teiles von Belgien nach Ausbruch des Krieges durch deutsche Truppen hat bewirkt, daß dieser Kampf nach einer durch die Kriegsergebnisse bedingten Atempause in verstärkter Weise entbrannt ist. Die zielbewußten Führer der Flamen haben bald erkannt, daß es ihnen nur mit Hilfe des deutschen Volkes gelingen könne, die ersehnte Wiedererlangung ihrer völkischen und politischen Selbständigkeit zu erreichen. Das Generalgouvernement in Belgien hat nicht geögert, die Flamen nach Kräften in ihren nationalen Bestrebungen zu unterstützen. Es ist selbstverständlich, daß man in Deutschland regen Anteil nimmt an der Entwicklung des flämischen Volkstums. Aber auch die Arbeitgeber sollen sich vor Augen halten, daß die in ihrem Dienste stehenden flämischen Kriegsgefangenen

nimmt nicht nur seine nähere Verpflegungspflicht in der Schriftleitung der „Welt am Montag“ mit aufrichtiger Trauer Anteil. Westphal war preussischer Referendar und hat dann die Laufbahn seines bald sicheren und rasch erstarrenden Talents in dem Montageschicht begonnen, in dem er nun 12 Jahre hindurch über Berlin's Schatze (siehe). Seine Urteile über Bühne und Drama zeichneten sich bei aller Schärfe einer eigentümlich gediegenen Persönlichkeit durch Mäßigkeit im Ton aus. Seit Kriegesbeginn stand er als Leutnant im Felde, wurde mehrfach verwundet und sollte endgültig der Heimat überwiegen werden. Aber er meldete sich selbst wieder zur Front, weil er es „hier nicht mehr aushalten“. Arthur Westphal heiratete während des Krieges die Schauspielerin Leonore Sch., die im Berliner Kleinen Theater besten Eindruck hinterließ und jetzt den Wünschen Kommerzienrat angehört. Westphal war ein Enkel des Geh. Medizinalrats Westphal, des Berliner Physikers; auch ein Bruder des Verstorbenen ist vor dem Feinde gefallen.

Der Ausschuss zur Begründung des Deutschen Vereins für Buchwesen und Schrifttum, an dessen Spitze Geh. Hofrat Dr. Ludwig Bolmann, Universitätsprofessor Geh. Hofrat Dr. Walter Göb und Museumsdirektor Prof. Dr. Schramm in Leipzig stehen, hat nunmehr sein großes Kulturwerk, allen schweren Hemmnissen des Krieges trotzend, soweit vollendet, daß am Sonntag, 16. Dezember, mittags 1 Uhr, in der Gutenberghalle des Deutschen Buchgewerbehause in Leipzig die feierliche Begründung des Vereins erfolgen kann. Es werden außer dem König von Sachsen und dem Prinzen Johann Georg vertreten sein die Reichsregierung, die bundesstaatlichen Regierungen, zahlreiche andere Behörden, wissenschaftliche Institute und große Vereinigungen. Im Anschluß an den Aktus erfolgt die Eröffnung einer deutschen Kriegsgraffiti-Ausstellung und der Kriegsgraffiti-Ausstellung des R. u. K. Kriegsgraffiti-Quartiers Wien.

Werkstätten des Farbenraumes. Während der Farbenraume gewöhnlich als eine normale Fähigkeit erklärt wird, Farben zu erkennen, nach Ton, Stärke und Helligkeit zu benennen oder zumindest auseinanderhalten, kann man, wie S. Hillig in der „Farberziehung“ darlegt, in Wirklichkeit darum nicht von einer solchen Normalen sprechen, da sogar die Angaben über die Zusammenfassung des Sonnenpektrums fast sämtlich nacheinander abzuweichen. Es handelt sich also um Abweichungen in der Empfindung des Farbenraumes, die auf anatomische und physiologische Besonderheiten zurückzuführen sind. Höchst interessant sind die verschiedenen Reaktionen des Farbenraumes, das sogenannte Farbenblenden und das Farbenblenden, wobei es sich um das Überbringen der Reize von einer Person auf eine andere handelt. Am verbreitetsten ist wohl das Farbenblenden, das als einer der ersten Vorläufer

einem Volke deutscher Abstammung angehören, das um seine Freiheit ringt, daß der Ausgang dieses Kampfes für Deutschland von der größten Bedeutung ist, und daß es deshalb Pflicht jedes Deutschen sein muß, alles zu tun, was zur Stärkung des Nationalbewußtseins bei den Flamen und dadurch zur Förderung des germanischen Stammesgefühls beitragen kann.

Aus den Parteien.

Vaterlandspartei und Bund der Kaiserfreuen. Der Vorstand der Deutschen Vaterlandspartei sendet uns eine Erklärung, in der es heißt: Die Deutsche Vaterlandspartei steht der Gründung und dem Ziele des angelegentlich gegründeten oder beabsichtigten „Bundes der Kaiserfreuen“ vollständig fern. Sämtliche leitenden Persönlichkeiten der Vaterlandspartei haben seit aus den Zeitungen von der Aufgabe der Gründung dieses Bundes etwas erfahren. Mit keiner der leitenden Persönlichkeiten ist über die Sache verhandelt worden. Die meisten Unterzeichner des Aufrufes sind der Vaterlandspartei völlig unbekannt. Die Deutsche Vaterlandspartei hat, wie auch der Aufruf des „Bundes der Kaiserfreuen“ ausdrücklich betont, mit innerer Politik nicht das geringste zu tun.

Nach Großstadt. V. I. In die Zukunft hat in einem Schreiben an uns, daß er und die gesamte Vaterlandspartei von der Gründung des Bundes der Kaiserfreuen erst durch die Zeitungen Kenntnis erhalten hätten. Wir stehen dieser Gründung vollständig fern und haben mit ihnen nichts zu tun. Aus dem Aufruf des Bundes der Kaiserfreuen, der seitens der „Vorwärts“ wörtlich wiedergegeben, glauben wir folgen zu müssen, daß es sich um eine als solche beabsichtigte — Gründung der Vaterlandspartei handelt, denn in dem Gründungsaufrufe heißt es ausdrücklich: Die Deutsche Vaterlandspartei kämpft gegen die gleichen Gegner wie wir, um Deutschland einen Frieden zu erlangen, der kein weiteres Überleben hat. Allein sie hat in bellumierlicher Weise den Kampf fortzusetzen, bis sie an den innerpolitischen Streitigkeiten Deutschlands keinen Anteil nehmen wollen. Nach dieser Richtung hin soll und wird der Bund der Kaiserfreuen“ sich ergänzen.“

Zu einer Verhängung der Wahlrechtsgesetze wird in der „Volks“ von parlamentarischer Seite geradezu darin besteht: „Es ist bereits jetzt offenbar, daß die entscheidenden Anhänger des gleichen Wahlrechts im Abgeordnetenhaus stark in der Minderheit sind, und daß auch abgesehen von denselben, deren Stellung noch zweifelhaft ist, die Zahl der Gegner weit überwiegt. Auch hierbei steht schon jetzt fest, daß diese an eine einfache Verhängung des gleichen Wahlrechts nicht zu denken, vielmehr in der Absicht sind, die Vorlage in der Weise zu ändern, welche die Mehrheitsmeinung der Abgeordneten des Reichstages zu sein erwarten. Ein Teil der Gegner des gleichen Wahlrechts hat mit positiven Vorschlägen überhaupt noch auszuhalten, von sonstiger Seite wird die Verfassung nicht ohne Weiteres, von anderer ein W. r. e. m. r. e. t. bestritten. Willen die Gegner des gleichen Wahlrechts zu einem Erfolg gelangen, so wird es aber unbedingt notwendig sein, daß sie sich möglichst bald über diejenige Form des Wahlrechts verständigen, welche dem gleichen Wahlrecht entgegengeföhrt werden soll. Nur wenn sie sich zu einer festen und starken Mehrheit vereinigen, können sie auf Erreichung ihrer Wünsche rechnen.“

Der Sanftmut über das Handelskammergesetz. Der Zentralausschuß für die Gesamtinteressen des deutschen Großhandels im Handels-Bund (weiterer Zusatz) hat in einer Sitzung am 7. Dezember eingehend den Gehörpunkt zur Abänderung des Handelskammergesetzes erörtert; die Abänderungen des Zentralausschusses sollen dem 15. Dezember zusammenfassend dem Direktorium unterbreitet werden. Eine ausführliche Erörterung über die Frage des Kriegswirtschafts erach wertvolle Anregungen für die in Aussicht stehende Reorganisation des Kriegswirtschafts, die den zuständigen Stellen durch eine besondere Eingabe übermittelt werden sollen.

Oberbürgermeisterwahl in Weimar. Bei der Oberbürgermeisterwahl in Weimar wurde am Sonntag Oberbürgermeister Dr. Donndorf wiedergewählt.

Baron von Freis, der schwedische Gesandtschaftsleiter in Paris, ist zum Gesandten in Madrid und Lissabon ernannt worden.

schrieben hat. Wertvoll ist auch die Unterzeichnung von warmen und kalten Farben, die erlernt werden kann mit rote Ende des Spektrums bis zum rötlichen Gelb, die kalten vom grünen Gelb bis zum Violett. Hier handelt es sich nun nicht bloß um eine Theorie, sondern in vielen Fällen auch um die Wirklichkeit, das erlernen möglich ist mit geschlossenen Augen, da rote Rosen von weißen zu unterscheiden, indem man sie an die Wangen drückt. Sillig berichtet von einer durchaus normalen Frau, die fähig ist, die Farben genau zu fühlen und dabei die warmen fast niemals mit den kalten verwechselt. Reich an ungelösten Problemen ist die Farbenharmonie, die man neuerdings sogar auf musikalischen Wege lösen will, und zu diesem Zweck hier bereits mehrfach, bisher allerdings stets gescheiterte Versuche gemacht worden, ein „Farbenkolorit“ zu komponieren. Wertvoll ist auch sein, daß für das menschliche Auge 1000 Farbenunterschiede und ungefähr 600 Farbenintensitätsgrade zu erkennen sind, ein Reichtum, an dem nicht zum wenigsten die Leistungen der modernen Farbenchemie beteiligt sind.

Der Berliner Zweigverein der Deutschen Schillerfestung nahm in seiner diesjährigen Hauptversammlung den von Schriftführer, Stadtvorordneten Walder-Mannose erstatteten Jahresbericht entgegen. An der Spitze der Einnahmen stehen, wie immer, der kaiserliche Beitrag mit 1000 M., der Beitrag der Stadt Berlin mit 500 M. und die Einkünfte des Schillerfestes von seinen Schiller-Aufführungen in Höhe von 392 M. Der Berliner Zweigverein allein konnte im abgelaufenen Berichtsjahr 513 M. an Spenden erhalten, während die größeren Pensionen und Auswendungen von der Hauptfestung in Weimar ausgehen. In den Vorstand, der im verflochtenen Jahr in Oskar Lumenthal ein verdienstvolles Mitglied verlor, wurde Direktor Max Patzegg gewählt.

Aus den Theatern. „Fahrende Musikanten“ das Schumann-Einzelstück von Hans Gaus in der musikalischen Bearbeitung von Johannes Brahms, ist von den Autoren einer teilweisen Umarbeitung unterzogen worden. Das Revision-Komitee wird das Stück in der neuen Fassung demnächst herausbringen.

Als nächste Arbeit geht am Donnerstag im Deutschen Opernhaus „Das Hölische Woll“, ein neues Einzelstück von Julius Breda, zum erstenmal in Szene. Am demselben Abend wird das von Direktor Hartmann neu einstudierte Schauspiel „Preciosa“ mit der Waise von Carl Maria von Weber wiedergeführt.

In der Ratskammer findet am nächsten Freitag die Aufführung des Schauspiels „Blutopfer“ von Georg Büchner statt.

Gisa Dankewitz, die Konzertfängerin, im nun Bühnensack übergegangen und ist 1918 an das Hoftheater in Wiesbaden verpflichtet worden.

Das Stuttgarter Hoftheater hat zur Aufführung in der nächsten Zeit ein von der Stuttgarter Hofkapellmeisterin Alexandrine Wolff komponiertes Schauspiel „Der Kennenling“ angenommen. Die Waise vom 12. März wird am 12. März in der „Märtha“, und wurde vor etwa 90 Jahren zu der Antonomie „Kannibale“ geschrieben. Dr. Janzen hat diese Waise für das Wärdchen überarbeitet.

Neue Gebelmakten.

Drahmelbildung.

Stockholm, 8. Dezember.

Heute gelangte die Petersburger „Jowestija“, das Organ des Arbeiter- und Soldatenrates, vom 27. November an. Der Artikel der vorliegenden Nummer behandelt die Erklärungen des französischen und des amerikanischen Militärattachés an General Duchonin, die von der „Jowestija“ wie folgt wiedergegeben werden:

General Tscherschew (der Kommandierende General an den russisch-rumänischen Front) an General Duchonin:

Der Chef der französischen Militärmission, General Berthelet, hat mir nachstehende schriftliche Erklärung übergeben:

„In dem Bericht des russischen Hauptquartiers vom 21. November wird nichts gesagt über die Lage an der Front, statt dessen aber ein Befehl des Rats der Volkskommissare wiedergegeben, welcher dem Höchstkommandierenden vorschlägt, mit den Kommandobehörden des Gegners Unterhandlungen über sofortige Einstellung der Feindseligkeiten zu beginnen und zu Friedensverhandlungen zu streben. Ich erlaube Sie, dem russischen Oberkommando, dem Sie ausgestellt sind, zu erklären, daß Frankreich die Gewalt des Rats der Volkskommissare nicht anerkennt und, überzeugt von dem Patriotismus russischen Oberkommando, dem Sie ausgestellt sind, zu erklären, entziehen jegliche vordringliche Verhandlungen ob es sich um die russische Armee an der Front gegen den gemeinsamen Feind gehalten wird. Ferner hat Frankreich, welches sich mit Ausland durch die früheren militärischen Abkommen gebunden fühlt, herbei erklärt und erklärt auf neue bestimmt, daß es in Rußland keine Macht anerkennt, die instande wäre, mit dem Gegner ein Uebereinkommen zu treffen.“

Tscherschew 2/12. 1917 an den Generalstabchef, Petrograd.

„Gew. Czajkowski Mein Augenmerk ist auf nachstehende aus den Vereinigten Staaten kommende Meldung der Presse gelenkt worden:

Die amerikanische Regierung erklärt, daß keine Exporte von Transporten von Kriegsmaterial oder Lebensmitteln nach Rußland abgelehrt werden würden, solange sich nicht die Lage im Lande geklärt hat. Die Regierung wünscht vor der Erlaubniserteilung für den Transport amerikanischer Produkte zu wissen, in wessen Hände sie in Rußland fallen werden. Die Aneignung nach Rußland wird erst nach Fortsetzung einer feilen Regierungsgewalt, welche von den Vereinigten Staaten anerkannt werden kann, wieder aufgenommen werden, falls aber die Bolschewiki am Ruder bleiben und ihr Programm des Friedensschlusses mit Deutschland durchführen sollten, so bleibt das amerikanische Ausfuhrverbot nach Rußland in Kraft. Die Kredite an die provisorische Regierung in Rußland erreichen augenblicklich 420 Millionen Dollar, wovon 101 Millionen bereits angewiesen sind, und ein großer Teil dieser Summe ist für den Kauf von Vorräten vorausgesetzt, welche bereits abendungsfähig sind. Die von America für den Transport dieser Vorräte bestimmten Schiffe sind fahrbereit. Sie werden aber nicht die Erlaubnis erhalten, die Häfen zu verlassen, und es wird ihnen die Koale verweigert werden.“

Die „Jowestija“ ist an diesen beiden Dokumenten scharf kritisiert. „Sollte man nicht annehmen, daß sich Herr Clemenceau einbildet, es würde ihm gelingen, dem russischen Volk sein Programm aufzuzwingen? Die nordamerikanische Mission sollte sich anstrengen einverstanden, Rußland nur gegen die Schürfer russischer Soldaten Lokomotiven zu geben. Wir halten dieses Reuivalent für zu hoch. Ihr Herr Diplomaten, darin liegt in gerader der Sinn der Revolution vom 25. Oktober? Das russische Volk ist nicht einverstanden, freundschaftliche, wirtschaftliche und politische Beziehungen zu seinen jetzigen Verbündeten solange mit seinem Blut zu erkaufen, bis es dem Herrn Clemenceau oder dem Herr Porter Königen der Willkürherrschaft gleich sein wird. An der Politik muß man mit Tatkraft denken, die es angehen sind oder nicht; die Macht der Souverän bedarf nicht der Unternehmung des Herrn Clemenceau. Wir geben zum Frieden auch über alle Hindernisse hinweg.“

Petersburg, 8. Dezember.

Saunemeldung.

Die heute veröffentlichten Oshetmufunden enthalten ein an den Minister des Auswärtigen am 7. August 1917 gerichtetes Telegramm des Gesandten in London über eine Beratung der Londoner Konferenz über die Überführung von englischen Truppen von Salonik nach Vaidhina und die Wätsch Englands, Mazedonien von seinen Truppen räumen zu lassen. Ferner eine Note des Gesandten in London an den Minister des Auswärtigen vom 3. August 1917, über eine Erklärung der Londoner Konferenz und die in dieser erzielten Fragen, unter anderem die Frage der Überführung von englischen Truppen nach Salonik und die Notwendigkeit, einen allgemeinen Operationsplan aufzustellen. Endlich ein von Genuin gehaltenes Aufsehen um Streitliche und Missionen zu der Feilschungsstelle. Der Gesandtenräter bemerkt dazu: Alle Minister hellen die Unmöglichkeit fest, mit der Mitwirkung Rußlands zu rechnen.“

Die deutsch-russischen Verhandlungen.

Entente-Fälschmeldungen.

In Dänemark werden von französischer Seite Meldungen verbreitet, Deutschland habe die Wätsch, von Rußland bei den Friedensverhandlungen politische Warenausfuhr für 10 Jahre zu erlangen.

Auch die Zeitung „Hufnadschladet“ in Helsingfors meldet: In Frankreichs Petersburger hat das Gerücht verbreitet, daß Deutschland bereit sei, einen Frieden ohne Kontributionen mit Rußland zu schließen. Deutschland würde sich nur das Recht vorbehalten, während fünfzehn Jahren Waren politisch in Rußland einzuführen.

In diesen Meldungen, die nur zur Verunreinigung der russischen öffentlichen Meinung erdacht sind, ist, wie das Wätsche Wätsch mittelst, kein wahres Wort.

Die Reden Czernins.

Drahtmeldung der „Bösischen Zeitung“.

Wien, 8. Dezember.

Die drei Reden, die Graf Czernin in diesen Tagen in der ungarischen Delegation gehalten hat, und die man selber nicht anhören durfte, weil sie im Aufzuge gesprochen wurden, hatten Zweck und Wirkung nach zwei Seiten: Einmal zur Wiederbelegung oder doch zur Aufschübung der deutsch-österreichischen Beziehungen des Grafen Karolyi, zweitens zur Beruhigung über die amerikanische Kriegserklärung. Nach beiden Seiten haben sie hier gut gewirkt. Wie groß die Partei derer ist, die in Ungarn mit dem Grafen Karolyi gehen, ist sehr schwer bestimmbar, denn die angelegentlich glaubwürdigen Politiker schwanken zwischen den Extremen.

In den Delegationen hat Graf Czernin dem Grafen Andrássy und dem Grafen Tisza als zwei mehr oder weniger heimlichen Gegnern gegenübergestanden, die ihn von verschiedenen Seiten leise angehört haben. Trotzdem schied er am Schlusse der Tagung mit einem entscheidenden Erfolge, dem freilich die Lage für ihn vorbereitete hatte. Demgegenüber wird die amerikanische Gefährdung durch diese Tagung gewartet, konnte bei seinem ersten Auftreten gleich mit einer Waffenstillstandsaufwartung, den ihm die Entscheidung zutrug.

Demgegenüber wird die amerikanische Gefährdung durch diese Tagung gewartet, konnte bei seinem ersten Auftreten gleich mit einer Waffenstillstandsaufwartung, den ihm die Entscheidung zutrug. Demgegenüber wird die amerikanische Gefährdung durch diese Tagung gewartet, konnte bei seinem ersten Auftreten gleich mit einer Waffenstillstandsaufwartung, den ihm die Entscheidung zutrug.

Im allgemeinen muß man sagen, daß seit den zwei letzten Tagen durch die gemeinsamen Verhandlungen nach dem Osten, den gemeinsamen Krieg über den Osten und durch die überzeugenden Darlegungen des führenden Ministers das Bildnis an Festigkeit auch nach außen gewonnen hat, und daß die Beziehungen der Monarchie zu Deutschland gegenseitig fester erscheinen als die inneren Beziehungen der beiden Staaten der Monarchie zueinander. Dies hat ein Delegierter deutlich zum Ausdruck gebracht, wenn er sagte, Österreich und Polen können nur dann durch Personalunion verbunden werden, wenn auch Deutschland und Ungarn nur mehr durch Personalunion zusammengehalten würden. Emil Ludwig.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ widmet den beiden ersten Reden des Grafen Czernin in der ungarischen Delegation einen Leitartikel voll der warmsten Anerkennung und Zustimmung. Sie betont zunächst, daß durch diese Reden den Strikten Willens für eine Bepflanzung des Verstandes entgegengetreten wurde, ehe sie überhaupt zur Geltung gekommen sind. Das Blatt findet die hauptsächlichste Bedeutung der Rede darin, daß sie dem Gefühl der Zusammengehörigkeit und des Wohlwollens zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn neue Bereicherung gegeben haben. Wie die künftigen Schritte des deutschen Volkes mit der österreichischen und ungarischen Kameraden Schulter an Schulter werden die Soldaten Österreich-Ungarns auch die deutsche Front in ihrem Kampfe zur Verteidigung des deutschen Volkes unterstützen.

Weiter schreibt das Blatt zu der Verkündung Czernins, Österreich-Ungarn kämpfe für Christ-Christen. Das deutsche Volk dankt ihm dieses Wort aufs wärmste. Nicht nur weil Christ-Christen unalterlicher Beleg ist, sondern weil nichts deutlicher den Verteidigungscharakter unserer Kampfes und die Notwendigkeit zum Durchhalten darstellt als die Begehrtheit Frankreichs und seiner Verbündeten nach diesem Beleg. Der deutsche Staatsrechtler des Auswärtigen läßt das vor kurzem in die Klare kommen, daß es kein Friedensabkommen gibt, als Christ-Christen. Und die Klarheit dieser Formel ist es wiederum, die den Mächten der Entente die Ausrufeformel ist, als können andere Momente noch als ernsthaftes Friedensabkommen in Frage kommen.

Das Blatt sagt schließlich, Graf Czernin führe gegenüber den unerschrockenen Schlagworten der Entente die harte Sprache der Entschlossenheit. „Sie ringt aber aus in die höheren Warte der Gerechtigkeit und der Ehre, auf den Gehn und die Gerechtigkeit Österreich-Ungarns wie der übrigen Mittelmächte. Und es ist ein auf diese Gerechtigkeit aufgebautes Vertrauen zur Zukunft, das in Deutschland lebhaften und dankbaren Widerhall findet, wenn Graf Czernin die Vertiefung des politischen und wirtschaftlichen Verständnisses zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn verkündet.“

Ein dänisch-amerikanisches Abkommen.

Der Mitarbeiter von „Politiken“ in Christiania kann nach seiner Unterredung mit einem kürzlich dort angekommenen Amerikaner in amtlicher Stellung mitteilen, daß ein für Dänemark bedeutungsvolles Abkommen mit Amerika in nächster Zeit zustande kommen werde. Dänemark soll Zufahren solcher Waren bekommen, die sich nicht zur Wiederausfuhr eignen. A. B. Artikel über den Schiffen. Das Abkommen so auch andere wichtige Punkte betreffen, darunter sind aber keine Rahmungsmitel für Kampf oder Krieg.

Die Dänemarer sind in den letzten Tagen, wie „Schibmanske Dagbladet“ meldet, 40 000 Soldaten in England freigegeben worden. Sie sollen in der nächsten Zeit in Dänemark einströmen.

Stockholm, 8. Dezember.

Unter Mitwirkung zufolge ist vor einigen Tagen ein Abkommen zwischen der amerikanischen Regierung in Stockholm eingetrossen. Seine Aufgabe soll darin bestehen, die Lage in Schweden zu untersuchen und darüber dem großen Verhandlungskomitee in London Bericht zu erstatten.

Die „Aftonskildet“ mitteilt, sind die schwedischen Unterhändler mit England Donnerstagabend nach London abgereist.

London, 8. Dezember.

Wichtiges Büro ist in Kenntnis gesetzt worden, daß der Handelsvertrag zwischen der englischen und der spanischen Regierung abgeschlossen worden ist. Er betrifft die Ausfuhr von

Rehle, Eisen und Früchten und hält sich mit einigen Änderungen an das vom Marquis Cortina bei seiner letzten Anwesenheit in London mit der englischen Regierung erzielte Abkommen.

Ein amerikanischer Torpedozerstörer vernichtet.

Reutermeldung.

Washington, 8. Dezember.

Der amerikanische Torpedobootzerstörer „Jacob Jones“ ist am Donnerstag in der Kriegszone zerstört worden. Ein großer Teil der Besatzung ist umgekommen.

Der Zerstörer „Jacob Jones“ war 1915 vom Stapel gelassen und 1100 Tonnen groß. Seine Geschwindigkeit betrug 30 Seemeilen. Seine Besatzung war 82 Mann stark.

Rußland kündigt auch die Munitionsverträge.

Drahtmeldung der „Bösischen Zeitung“.

pr Amsterdam, 8. Dezember.

Dem „Daily Chronicle“ zufolge hat die russische Regierung alle mit den Alliierten abgeschlossenen Verträge auf Lieferung von Munition und Kriegsmaterial für das russische Volk gekündigt. Die Frage der russischen Kriegsschulden war zu den Friedensverhandlungen hinausgeschoben.

Frankreichs Stellung zur russischen Friedensbewegung.

Meldung des Schwedischen Telegraphen-Büros.

Stockholm, 8. Dezember.

Der hiesige Schwedische-Beitragler teilt aus Petersburg vom 4. 12. mit: „Nils Aronow“ hat auf der französischen Botschaft erfahren, daß Frankreich betreffs der Friedensfrage nur mit der Befragung des russischen Volkes auskommen könne. Die französische Regierung beabsichtigt nicht, die Verbindung mit Rußland abzubauen, falls Rußland einen Sonderfrieden mit Deutschland schließt.

Das „Petit Journal“ meldet: Die Könige von Montenegro und Serbien sandten der französischen Regierung Erklärungen, in denen sie gegen den „Terrorismus Rußlands“ protestieren.

Sieg der Revolution in Portugal.

Reutermeldung.

London, 8. Dezember.

Die Revolution in Oporto schloß mit einem Erfolge der Revolutionäre. Die Regierung demissionierte, und Alfonso Costa bildete die provisorische Regierung, der auch der frühere portugiesische Gesandte in Berlin Sidonio Passa angehört. In Lissabon und Oporto herrscht Ruhe.

Paris, 8. Dezember.

Dem „Temps“ wird aus Madrid gemeldet: Man kennt keine Einzelheiten über die Ereignisse in Oporto. Die Bewegung soll von der Unionistenpartei trotz des Widerspruchs ihres Führers geleitet sein. Eine latente Ministerkrise habe seit längerer Zeit in Portugal geherrscht und Alfonso Costa habe infolge harter Angriffe beschlossen, sein Amt niederzulegen. Das Kabinett sei darauf umgeschichtet worden, es bliebe aus Demokraten zusammengesetzt. Die Krise sei noch nicht gelöst und die Lage sei noch verwickelt worden durch die Agitation maximalistischer Elemente, die Czernin eine Teilnahme von Portugal als am Krieges Frieden und jüngst offen ihre Freunde über die italienische Niederlage geäußert hätten. Sie müßten die Unzufriedenheit aus, die die Entbehrungen und das teure Leben in der portugiesischen Bevölkerung verursachen. (Diefe „Temps“-Meldung ist durch das obenstehende Reuter-Telegramm überholt.)

Die Forderungen Spaniens.

Drahtmeldung.

Bern, 8. Dezember.

Das „Journal des Débats“ gibt einen Artikel der Madrider „Correspondencia Militar“, betitelt „Spanien und der Friede“, wieder, der lebhaft besprochen wird und mit dem eine aus Anlaß der Ereignisse in Rußland begonnene Bewegung in Zusammenhang zu bringen gilt. In dem Artikel werden die Wünsche Spaniens bei Friedensschluß auseinandergesetzt. Sie umfassen besonders die Herausgabe Zyperns, Angliederung von Tanger an die spanische Zone und die Notwendigkeit der Verteilung einer wichtigen Unabhängigkeit an Portugal. Verhandelt man über die von den Alliierten verlangten Grundlagen zum Frieden, d. h. freies Selbstbestimmungsrecht der Völker, Residierung von Anzessionen und die Gerechtigkeit der Nationen, so werde Spanien die „Desanexion“ Zyperns und ein Viebsitz für Puerto Rico (das nach dem spanisch-amerikanischen Kriege 1898 an Amerika fiel) verlangen. In diesem Falle müßte auch die Stärke der militärischen Kräfte Spaniens festgestellt und in den Dienst der Gerechtigkeit eine besondere Ausweisung im Ministerium des Auswärtigen zur Vorbereitung des Friedens. Angehörig der Dienste, die Spanien als Kriegführender geleistet habe, dürften die Kriegführender nicht daran denken, den Frieden zu besprechen, ohne daß Spanien an den Verhandlungen teilnehme. Das Blatt will wissen, eine Gruppe der Kriegführender wüßte sehr gern, daß Spanien befristet werde; sie werde einen dahnliegenden Vorschlag machen.

Der Wiener Generalstabbericht.

Antisch wird veröffentlicht: Wien, 8. Dezember.

Defizitärer Kriegsausplab.

Waffenruhe.

Italienischer Kriegsauplab!

In Benetton lebhafter Artilleriekampf.

Der Chef des Generalstabes.

Bulgarien und Rumänien.

Drahtmeldung unserer Sonderberichterstatter.

Sofia, 7. Dezember.

Die Einleitung der Waffenstillstandsverhandlungen mit Rumänien ruft in der bulgarischen Presse fast größere Begeisterung hervor als die Anbahnung der Verbindung mit Rußland, insofern, als darin der Arm der rückenden Gerechtigkeit erkannt und die Sühne für den Bulgaren bereit seit Beginn des rumänischen Feldzuges daran erinnert, daß die Dobrubtscha bis zur Donaumündung, die einstens bulgarisch war, auf Drängen Rußlands sogar gegen den Willen rumänischer Postillen im Austausch gegen Besatzung rumänisch wurde, so erscheint heute kaum ein Volk, das nicht täglich von der Reinkarnation alten Unrechts spricht. Aus der Dobrubtscha laufen täglich Depeschen an Khabaslaw ein, die die Angliederung der ganzen Dobrubtscha an das bulgarische Heimatland fordern; was früher kaum pium desiderium war, ist heute im Feuer der Debatte conditio sine qua non.

Die Waffenruhe gibt Gelegenheit, die Frage erneut und mit aller Beidenhaftigkeit zur Diskussion zu stellen. Die Postillen betonen, in der Frage der Dobrubtscha habe sich zwar das bulgarische Kriegesprogramm geändert, und ohne Rumänien Berrat hätte Bulgarien auch weiterhin, wenn auch mit verlässlichen Absichten, dem geschaffenen Zustand belassen, um sich damit freundschaftliche Beziehungen zu wahren, doch hieße die Situation gegenwärtig keine Berücksichtigung zu gewähren. Gerade die zweimal bewiesene rumänische Hinterlist von 1913 und 1916 zeige, daß man diesen Rückgriff nicht trauen könne, und die einzige Möglichkeit, sich vor welchem Angriff auch immer von Norden zu schützen, sei die Gründung der Donau als Grenze. Wenn die bulgarischen Sozialisten in vielen Einzelheiten nach Westen hin anderer Ansicht als die Grenzparteien sind und von einer gewässrigen Politik Konstellationen fordern, so scheinen sie doch, soweit es die Dobrubtscha betrifft, mit der Mehrheit des Parlamentes und dem Volk einmütig zu sein. Es wird anbelegelich, Rumänien weitgehend wirtschaftliche Konstellationen zu machen, die ihm den Weg nach dem Meer offenhalten. Die Sozialisten und kirchlichen Parteien meinen, Rumänien könne auf Grund deselben Rechts, mit dem Bulgarien die Dobrubtscha fordere, von nationalen Prinzipien ausgehend, von Rußland Beharrlichkeit verlangen und sich so entscheiden. Wenn man die mazedonische Frage für ganz erledigt hält und über die Marawofrage beruht ist, so wird die Unentschiedenheit in der Dobrubtschafrage durch die tägliche Diskussion um so aufrechter, und dies um so mehr, als man sich aller Schwierigkeiten einer solchen Lösung klar bewußt ist, ohne sie eigentlich im Hinter der Debatte anzuheften. Von diesem Gesichtspunkt werden alle Beurteilungen zu beurteilen sein, die bei der zu erwartenden Weiterentwicklung der Dinge fallen werden und fallen müssen.

Dr. Armitajilow, der Vizepräsident der Sobranje, vertritt in der „Deutschen Volkszeitung“ einen Aufschuß über die Friedensmöglichkeiten, indem er zu folgendem Schluß kommt: Die Bulgaren haben kein anderes Ziel außer der nationalen Einigung. Von Sulima bis zum Zolniko, von der Donau bis Tigris, vom Schwarzem Meer bis zu den albanischen Bergen wird der bulgarische Stamm für ewig geeint sein in einem Staat, der für das Wohl seines Volkes und die Allgemeinheit arbeiten wird. Stolz auf die eigene erlangte Kraft, begrüßt Bulgarien einen ehrlichen, gerechten und dauerhaften Frieden.

Mario Passargo.

„Das geeinigte Griechenland.“

Unter diesem Titel hatte vor einiger Zeit Georges Wagnière, der Direktor des „Journal de Genève“ in seinem Artikel einen Artikel veröffentlicht, der auf eine Reorganisation, so sogar auf eine warme Belobung der von der Entente in Griechenland unternommenen Schritte, hauptsächlich der Ablegung König Konstantins, hinauslief. Diesen Artikel nahm eine Anzahl christlicher Studenten zum Anlaß, die von Wagnière angeführten, der Entente-Presse einmündigen Argumente eingehend zu widerlegen. Zunächst sollte dies in Gestalt einer im „Journal de Genève“ zu veröffentlichen Commission auf jeden Artikel geschrieben, da aber Herr Wagnière die Commission nicht annehmen ließ, jene „groupe d'étudiants hellènes“ sie in Gestalt einer Broschüre erschienen („La Grèce unie, lettre ouverte à M. Georges Wagnière“ Genf 1917). Eine ausführliche Antisagekritik gegen die Feindzeitung erschien im „Journal de Genève“, die Orientalsolidarität im Titel seines Selbstbestimmungsmächte, seiner Handlungsergebnisse heraus, läßt sich kaum denken. Sie wirkt umso überzeugender, als sie sich auf einer Historie frei hält und ausschließlich Ereignisse vorführt; in gedruckter Form, fast nur in Stichworten, aufgeführt, von Wortbrüchen, Antisagen, Entstellungen, fassen Antisagen, von der Dummheit, der das wichtigste Land unternommen wurde, von Schmähreden, die brauche des Rechts des Stärkeren — manches davon heute schon halb vergessen: wie vielen ist es a. E. heute noch gläubig, daß jene berühmte festlich-griechische Vertro, dessen Nichtbestehen dem König Konstantin von der Entente ein schwerer Treubruch angesehen wurde, von Benizelos selbst einmal, im November 1910, am 2. Januar, der Bevohmung der Entente, noch in dem Augenblick, in dem er die Abhaltung König Konstantins forderte, den Griechen feierlich versprochen, doch Frankreich, England und Rußland dem Benizelos nie erlauben würden, nach Athen zu kommen und daß diese drei Mächte den Wunsch des Griechenvolkes, außer halb des Krieges zu bleiben, respektieren würden? Es ist leicht zu geistlich, daß Herr Wagnière seine Bezeichnung zu haben glaubte dieses Dokument der Entente-Schmach in sein Blatt aufzunehmen und dadurch für dessen Verbreitung zu sorgen. Deste wünschenswerter ist es, daß der Offene Brief der griechischen Studenten in seiner jetzigen Form die Verbreitung findet, die er verdient.

Ein neuer Feind.

Onahauki, 8. Dezember.

Antisch mitgeteilt, daß Ecuador die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abbrochen hat.

(Hierzu eine Feilooel)

Verantwortlich für die Anzeigen: Karl Rodbert Berlin.

Druck und Verlag: Ullstein & Co., Berlin.

Rein
Die Mittel
Darum geht
Staatsinter
zuführen ist
der russische
Dieser Art
Agentur im
dieser Zeit
Artikel bes
taunte. Das
Fiktion
Lassungsb
der Ugen die
die Nacht
dem Feuer
Beispiel Du
Waffen des
Nicht-Gr
Demokrati
Das Blatt
an allen
gründung
werden. In
das russi
Interessen
Droht sagt
daß wir
und Itali
über an d
für einen
fen, oder
teidiger de
der militä
einen warn
Angarn, m
„Browa“
Kriegeser
geschloss
Einstimm
seinen Ged
sei, täglich
daß es in
worde sei
Bergigen.
dem Schlo
Berjüngun
Augenlid
sten und
Soweit die
die Ansicht
kerot erst
daß diese
finden wird
eine engl